



# Seltene Einigkeit von FDP bis SP

**Dominic Kobelt**

Die Individualbesteuerung sei ein Schritt Richtung Gleichstellung, gerecht und bringe Steuerentlastungen.

Heute zahlen Ehepaare mehr Steuern als nicht verheiratete Paare, wenn beide arbeiten. Einig sind sich alle Parteien darüber, dass das ungerecht ist und die Heiratsstrafe abgeschafft werden muss. Über die Umsetzung streitet man sich. Das Parlament stimmte zwar im Sommer 2025 einem Gesetz zu, einem indirekten Gegenvorschlag zur Steuergerechtigkeitsinitiative. Doch dagegen wurde das Referendum ergriffen. In Aarau haben am Montag die Befürworter der Individualbesteuerung ihre Argumente dargelegt.

Dabei fällt ins Auge, wie breit das Komitee aufgestellt ist. Sabina Freiermuth (FDP), Lucia Engeli (SP), Irène Kälin (Grüne), Philippe Kühni (GLP), Beat Bechtold (Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK) und Hanspeter Hilfiker als Vertreter des Städteverbands sind sich alle einig, dass es höchste Zeit ist, die Individualbesteuerung einzuführen.

Nationalrätin Irène Kälin und Grossrätin Lucia Engeli betonten, dass der Zweiverdienerhaushalt heute die Regel ist. Wobei viele Frauen in kleinen Pensen arbeiten, weil sich eine Aufstockung nicht lohnt. «Wir haben die Verantwortung, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie fair und gerecht sind», sagte Kälin. Die Individualbesteuerung sei ein Schritt

zur Gleichstellung. Dass jede Person einzeln als Steuereinheit betrachtet werde, stärke die finanzielle Eigenständigkeit, argumentierte auch SP-Grossrätin Lucia Engeli: «Dies reduziert die Abhängigkeit und schafft Anreize für eine Erwerbstätigkeit – was letztlich auch für weitere Effekte wie zum Beispiel eine Investition in die eigene Altersvorsorge sorgt.»

## Freiermuth: «Endlich lohnt sich Arbeit für alle»

Auch Beat Bechtold, Direktor der AIHK, machte darauf aufmerksam, dass viele Frauen nur in kleinen Pensen arbeiten, obwohl sie gut ausgebildet seien. «Der positive Beschäftigungseffekt der Vorlage – also die Arbeitskräfte, die zusätzlich verfügbar wären – macht gemäss Schätzung des Bundes 10'000 bis 44'000 Vollzeitstellen aus.»

Sabina Freiermuth, Präsidentin der FDP Aargau, betonte, dass sich bei einer Annahme die Arbeit endlich für alle lohnen würde, unabhängig vom Zivilstand. «Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden um 600 Millionen Franken entlastet», erklärte sie. Rund die Hälfte würde weniger bezahlen, für rund einen Dritt ändere sich nichts, 14 Prozent zahlten etwas mehr. Dabei handle es sich um Einverdienerhaushalte mit hohem Einkommen, so das Komitee.

## Kühni: «Mehraufwand hält sich in Grenzen»

Die Gegner argumentieren, die Vorlage schaffe für die Steuerämter einen grossen Mehraufwand. Philippe Kühni, Präsident der GLP Aargau, liess dies nicht gelten: «Ja, es ist ein Systemwechsel und es gibt eine grössere Anzahl Dossiers – diese weisen aber eine geringere Komplexität auf.» So fällt etwa das Zusammenlegen bei Heirat und das Auftrennen bei Scheidung oder Verwitwung weg.

Dies konnte Hanspeter Hilfiker, der nicht nur Präsident des Schweizerischen Städteverbands, sondern auch Aarauer Stadtpräsident ist, aus eigener Erfahrung bestätigen: «In den Steuerämtern wurde in den letzten Jahrzehnten trotz Bevölkerungswachstum personell kaum aufgerüstet.» Ein Systemwechsel sei zwar zunächst schon mit einem Mehraufwand verbunden, wie jede Gesetzesänderung. Allerdings werde heute schon jede Person in der Steuererklärung einzeln erfasst, mit Namen, AHV-Nummer, Einkommen, Wertschriften und individuellen Abzügen. «Die Individualbesteuerung führt also nicht zu einer Verdoppelung der Arbeit, sondern zu einer neuen, logischen Aufteilung.»

Die Allianz der Unterstützer ist breit aufgestellt und gemäss



neuesten Umfragen gibt es auch bei der Mitte und der SVP etliche Befürworterinnen und Befürworter – macht man sich über den Ausgang der Abstimmung überhaupt Sorgen? «Es spielen

viele Faktoren mit, und wir wollen die Gegenseite nicht unterschätzen», sagte Engeli. Kühni ergänzt, er glaube an den Sieg und man habe gute Argumente, aber man müsse diese auch

unter die Leute bringen. «Wir kämpfen bis zum Abstimmungstag.» Dieser ist am 8. März, am internationalen Tag der Frau – «symbolträglicher könnte das Datum kaum sein», sagt Kühni.



Das Komitee wirbt für die Individualbesteuerung. Von links: Beat Bechtold (Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK), Nationalrätin Irène Kälin (Grüne), Grossrätin Sabina Freiermuth (Präsidentin FDP Aargau), Grossrätin Lucia Engeli (SP), Hanspeter Hilfiker (Präsident Schweizerischer Städteverband) und Philippe Kühni (Präsident GLP Aargau).

Bild: Dominic Kobelt

## Aargauischer Gewerbeverband beschliesst Stimmfreigabe zu Individualbesteuerung

Der Aargauische Gewerbeverband (AGV) schreibt in einer Medienmitteilung zur Individualbesteuerung, er habe insbesondere das Argument geprüft, wonach diese die Standortattraktivität erhöhen, den Fachkräftemangel lindern und Wachstumsimpulse auslösen soll. «Die überwiegende Mehrheit des Vorstandes beurteilt diese Effekte jedoch als nicht ausreichend belegt oder realistisch.» Zudem würden die erwarteten Steuerausfälle von mehreren hundert Millionen Franken sowie die administrativen Mehrbelastungen für

Steuerverwaltungen Anlass zur Sorge geben. Da sich aus Sicht des AGV keine klaren Vorteile für KMU ableiten lassen und die Vorlage insgesamt nicht als eindeutig gewerberelevant eingestuft wird, habe man Stimmfreigabe beschlossen. Der Regierungsrat hat sich gegen die Vorlage gestellt. Der Systemwechsel würde zu neuen Ungleichheiten führen, schreibt er. Einverdienerhepaare und Familien mit tiefem Zweiteinkommen würden stärker belastet. «Gleichzeitig entsteht ein hoher administrativer Mehraufwand für die Steuerpflichtigen.» (kob)